

27. Juni 2024

Beschlussvorschlag zum Tagesordnungspunkt Ö4 TOP-Antrag der Fraktion die Linke „Sachstandsbericht zur Bezahlkarte für Geflüchtete“

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und fasst folgenden Beschluss:

Die Einführung einer sogenannten Bezahlkarte für Geflüchtete bringt aus Sicht der Ausschussmitglieder keine Vorteile gegenüber der aktuellen Praxis der Stadt Aachen, jedoch viele Nachteile für die Nutzer*innen. Daher wird die Verwaltung beauftragt, die Einführung einer Bezahlkarte in Aachen abzulehnen, falls die entsprechende Landesgesetzgebung das zulässt. Sofern die Bezahlkarte für die Kommunen verpflichtend eingeführt wird, fordern wir die Landesregierung dringend auf, in allen weiteren Beratungen über die Bezahlkarte die folgenden Grundsätze zu berücksichtigen:

- Die Bezahlkarte soll ausschließlich an Menschen mit Sozialleistungsanspruch ausgegeben werden, die über kein Bankkonto verfügen. Bei allen anderen Geflüchteten soll es bei der bisherigen Überweisung der Geldleistungen auf das Konto bleiben
- Die Bezahlkarte soll das Format von Visacard/Mastercard haben, um eine Stigmatisierung zu verhindern und muss in allen Geschäften nutzbar sein
- Überweisungen mindestens im Inland müssen möglich bleiben
- Es soll keine Begrenzung für Bargeldabhebungen geben
- Es sollen mehrere Bezahlkarten für eine Bedarfsgemeinschaft ausgegeben werden
- Die Nutzung der Bezahlkarte soll nicht auf bestimmte Regionen oder Branchen beschränkt sein, da Geflüchtete eine lebenswichtige Flexibilität beim Konsum benötigen
- Die Bezahlkarte soll dem Prinzip des Guthabenkontos folgen, um Verschuldung zu verhindern
- Die Kommunen sollen keine Kosten tragen

Sollte die Bezahlkarte verpflichtend, aber mit einem inhaltlichen Gestaltungsspielraum für Kommunen eingeführt werden, wird die Verwaltung beauftragt, die o.g. Punkte nach Möglichkeit für Aachen umzusetzen.